



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



14.03.2013

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Abstimmung über zukünftige Agrarpolitik

So viele wichtige Entscheidungen wie in dieser Plenarsitzung trifft das Parlament selten innerhalb einer einzigen Woche. Der größte Posten darunter: Die Abstimmungen über die Agrarpolitik bis 2020. In einer zweieinhalbstündigen Abstimmung wurde die Position des Parlaments für die Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission festgelegt. Fortsetzung folgt also.

Parlament lehnt Finanzplanung ab

Mit einer klaren Dreiviertelmehrheit hat das Plenum die politische Übereinkunft der Staats- und Regierungschefs vom 8. Februar zur mehrjährigen Finanzplanung 2014-2020 in ihrer jetzigen Form abgelehnt. Dabei stellten die Abgeordneten nicht die vom Rat vereinbarte Ausgabenobergrenze infrage, sondern vielmehr, wie das Geld ausgeben werden soll. Die vom Parlament formulierten Kernforde-

rungen umfassen eine rechtlich verpflichtende Revision, die dem kommenden Parlament eine Anpassung des Haushalts ermöglicht, mehr Flexibilität bei der Verwendung nicht genutzter Mittel in Folgejahren und bei der Einbehaltung von Überschüssen, sowie einen Zeitplan für die Reform der Einnahmenseite, wobei das Parlament gerne sämtliche Sonderrabatte abgeschafft sähe. Die irische Ratspräsidentschaft und das Verhandlungsteam des Parlaments werden noch vor Ostern zu ersten Gesprächen zusammenkommen. Gibt es keine Einigung bis Anfang 2014, gilt die inflationsbereinigte Haushaltsobergrenze von 2013 weiter. Neue Projekte können allerdings nicht begonnen werden. Ich habe mich enthalten, weil manche Formulierungen durchaus auch so gelesen werden können, dass mehr Geld gefordert wird. Mein Credo: Das vorhandene Geld effizienter ausgeben!

Neue Sitzverteilung im Parlament nach 2014

Wenn Kroatien dieses Jahr der EU beitrifft, wird

das Europaparlament für einige Monate die Rekordzahl von 766 Abgeordneten haben. Nach der nächsten Europawahl tritt dann die Regel des Lissabon-Vertrags in Kraft, laut der das Parlament höchstens 751 Abgeordnete zählen darf, wobei kein Land mehr als 96 und keines weniger als sechs Abgeordnete stellen kann. Doch welches Land muss auf wieviele Sitze verzichten? Das Parlament hat diese Woche seinen Vorschlag für die neue Sitzverteilung verabschiedet, über den nun der Europäische Rat einstimmig entscheiden muss. Kernpunkt des Vorschlags ist, dass kein Land mehr als einen Sitz verliert – abgesehen von Deutschland: wegen einer Übergangsregelung hatten wir bisher 99 Abgeordnete, künftig werden es wie gesagt 96 sein. In der Konsequenz verlieren hauptsächlich mittelgroße Länder wie Belgien, Tschechien oder Irland einen Sitz. Bis 2015 will das Parlament einen Vorschlag für eine dauerhafte Methode vorlegen, die es künftig ermöglichen soll, vor jeder Europawahl objektiv und fair die Sitze zuzuteilen. Diese Methode

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



14.03.2013

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

soll dann auch das Prinzip der „degressiven Proportionalität“ – je größer das Land, desto mehr Abgeordnete *und* desto mehr Bürger pro Abgeordnetem – stringent umsetzen. Das beseitigt allerdings nicht unser Hauptproblem, dass die Stimmen der Bürger bei der Europawahl ungleich viel wert sind...

Weitere Regeln zur Haushaltsüberwachung

Das Parlament hat nach langen internen Verhandlungen den „Two Pack“, ein weiteres Gesetzespaket zur Bekämpfung der Euro-Schuldenkrise, angenommen. Es strafft die Überwachung der nationalen Haushalte. Künftig müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten bis Oktober die Haushaltsentwürfe an die Kommission melden, diese kann Korrekturen verlangen. Länder, die bereits Hilfen aus dem Rettungsschirm bekommen, unterliegen zudem einer gesonderten Beobachtung, bis sie 75 % der Hilfskredite zurückgezahlt haben. Die Kontrollmechanismen in der Eurozone haben damit noch mehr Biss – und genau das brauchen wir!

Besuch des israelischen Präsidenten

Ein besonderer Gast war diese Woche in Straßburg: Israels Präsident Shimon Peres. Er sprach sich in seiner Plenarrede klar für eine Zwei-Staaten-Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern aus, für die es keine Alternative gebe. So könne in relativ kurzer Zeit Frieden hergestellt werden. Dabei verwies er auch auf den Prozess der europäischen Integration, den er als „Wunder“ bezeichnete – zur Nachahmung empfohlen in allen Gegenden, die Nachbarriege hinter sich haben...

Schnellere Hilfe für unzufriedene Kunden

Gute Nachrichten für Fans von Online-Einkäufen: Zwei neue Gesetze verschaffen Verbrauchern leichteren Zugang zu günstigen, schnellen und fairen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten mit Händlern. Dazu zählen Mediation, Schlichtungs- und Schiedsverfahren. Sie sollen Konsumenten vor allem bei grenzüberschreitenden und Internet-Einkäufen lange und teure

Gerichtsverfahren ersparen. Dazu wird die Kommission innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung über eine Online-Plattform benutzerfreundliche Beschwerdeformulare in allen EU-Sprachen bereitstellen.

Mehr Rechte für Flugpassagiere

Flugreisende können sich auf eine Stärkung ihrer Rechte freuen: Die Kommission legte diese Woche einen Vorschlag zur Überarbeitung der betreffenden Richtlinie vor. Darin ist unter anderem der Begriff „außergewöhnliche Umstände“ klarer definiert, sodass Fluggesellschaften sich bei Verspätungen nicht mehr so leicht um Entschädigungszahlungen drücken können. Maßgeblich wird außerdem nicht mehr die Verspätung beim Abflug, sondern bei der Ankunft sein.

Besucherguppen im Europaparlament

Die Woche besuchten mich das Schönbuch-Gymnasium Holzgerlingen und die Sibilla-Egen-Schule Schwäbisch Hall.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu